

**2009**

**Philips Pensionskasse (VVaG)**

**PHILIPS**

# **Geschäftsbericht 2009**

Lübeckertordamm 1 - 3, 20099 Hamburg

## Geschäftsbericht 2009

### Inhalt

	<u>Seite</u>
Lagebericht _____	2
Bilanz _____	8
Gewinn- und Verlustrechnung _____	10
Anhang _____	11
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden _____	11
Erläuterungen zur Bilanz _____	11
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung _____	14
Sonstige Angaben _____	14
Aufsichtsrat und Vorstand _____	15
Bericht des Aufsichtsrates _____	16
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers _____	17
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen _____	18
Entwicklung der Aktivposten _____	19

---

## Lagebericht

---

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

### Rechtliches

Die Philips Pensionskasse (VVaG) - im folgenden "Pensionskasse" genannt - ist ein "kleinerer Versicherungsverein" im Sinne des § 53 VAG und gilt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 3. November 2005 und in Anwendung von § 118 b Abs. 3 VAG als regulierte Pensionskasse. Sie ist gemäß § 5 Abs. 1 Ziff. 3 in Verbindung mit § 6 des Körperschaftsteuergesetzes steuerbefreit.

Die Pensionskasse nimmt satzungsgemäß Personen von Unternehmen, die von der Philips Deutschland GmbH als an der Philips Pensionskasse beteiligte deutsche Philips Unternehmen bestimmt sind, als Mitglieder auf und bietet ihnen Versicherungsleistungen in Form von Altersrenten einschließlich Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an.

Wenn ein Unternehmen seine Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen verliert, kann es mit der Kasse vereinbaren, dass es für die Mitglieder der Kasse, die zum Zeitpunkt des Verlustes der Eigenschaft als beteiligtes deutsches Philips Unternehmen in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis zu ihm stehen, weiterhin die Pflichten eines beteiligten Unternehmens übernimmt.

Die zuletzt geänderte Satzung trat nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde vom 10. Dezember 2007 in Kraft. Die satzungsgemäß jährlich einmal in der ersten Hälfte eines jeden Jahres vorgeschriebene ordentliche Vertreterversammlung hat am 19. Mai 2009 in Hamburg stattgefunden.

Um die Anforderungen des neuen Versorgungsausgleichsgesetzes (VersAuglG) in der Philips Pensionskasse umsetzen zu können, fand am 10. Dezember 2009 zudem eine außerordentliche Mitgliederversammlung in Hamburg statt.

Auf Anforderung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird die Pensionskasse einen neuen Versicherungstarif (Tarif 2009 AB) für die ausgleichsberechtigten Personen einführen. Den erforderlichen Änderungen der Satzung sowie Allgemeinen Versicherungsbedingungen der bestehenden Tarife wurde von den Mitgliedervertretern zugestimmt. Die endgültige Genehmigung der Änderungen sowie des neuen Tarifs seitens der Aufsichtsbehörde steht noch aus, wird aber im ersten Halbjahr 2010 erwartet.

Auf Basis eines Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages vom 23. März 2009 hat die Philips Pensionskasse (VVaG) zum 1. April 2009 die Bestandsverwaltung, die Leistungsbearbeitung, das Rechnungswesen, die Vermögensanlage und die Vermögensverwaltung (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 VAG) sowie das Controlling, das Risikomanagement und das aufsichtsrechtliche Berichtswesen auf die Philips Pensions-Service eG übertragen.

Mit Schreiben vom 26. März 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dem Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrag zugestimmt.

Gemäß Betriebsübertragungsvertrag vom 25. März 2009 wurde der Betrieb der Philips Pensionskasse (VVaG) mit Wirkung zum 1. April 2009 auf die Philips Pensions-Service eG übertragen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer der Philips Pensionskasse (VVaG) sind gemäß § 613 a BGB auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

Die Pensionskasse ist Mitglied der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V., Heidelberg sowie des Verbandes der Firmenpensionskassen e. V., Berlin.

## Geschäftsverlauf

### 1. Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Pensionskasse 12.771 aktive Mitglieder (Vorjahr 13.041), 8.268 rentenbeziehende Mitglieder (Vorjahr 8.072) sowie 2.208 rentenbeziehende Witwen, Witwer und Waisen (Vorjahr 2.174). Einzelheiten über die Bewegungen des Bestandes an Pensions-Versicherungen vermittelt die entsprechende Anlage zum Lagebericht.

Die Beitragseinnahmen bewegen sich mit Mio. € 14,0 auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Rentenzahlungen des Jahres 2009 von Mio. € 31,6 lagen um Mio. € 0,8 und damit 2,6 % über denen des Vorjahres, was im Wesentlichen auf die Zunahme der Anzahl der Rentner zurückzuführen ist.

### 2. Kapitalanlagen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Anlage in dem Wertpapierspezialfonds Peka (beinhaltet als „Master-Fonds“ alle externen Mandate) zu Gunsten der Direktanlagen stark reduziert. Die zum Jahreswechsel 2008/2009 vorgehaltenen Positionen in Geldmarktfonds wurden ebenfalls für Investments in direkt ausgewählte Anleihen und Immobilien genutzt.

Zum einen wurden als Gegenanlage für die ehemaligen Fondsmittel Unternehmensanleihen bester Bonität aus dem Euro-Raum sowie Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen deutscher Emittenten erworben. Letztere enthielten teilweise einmalige Schuldnerkündigungsrechte, da diese Klauseln die Einstandsrenditen gegenüber Papieren ohne Kündigungsrechte merklich erhöhten. Zudem machten die als Folge der Kreditkrise in den ersten Monaten 2009 hohen Renditen alle Arten von Unternehmensanleihen attraktiv.

Zum anderen konnten günstige Anschaffungsrenditen für den direkten oder über Fondslösungen indirekten Aufbau der Immobilienquote in deutschen Wohnobjekten genutzt werden.

Um die vorhandenen und neu erworbenen Bestände in Inhaberschuldverschreibungen (Staats- und Unternehmensanleihen) der Direktanlage gegen steigende Renditen im Gefolge wieder anziehender Inflationsraten bzw. vor einem sich hieraus ergebenden Abschreibungsbedarf zu schützen, wurde in 2009 von den bilanziellen Möglichkeiten des § 341 b HGB Gebrauch gemacht und große Teile der betroffenen Papiere in das Anlagevermögen eingestellt.

Erstmalig ist die Philips Pensionskasse im vergangenen Jahr ein Beteiligungsengagement eingegangen. Nach intensiven Vorprüfungen dieser neuen Assetklasse und dem Aufbau der internen administrativen Voraussetzungen wurde zusammen mit anderen institutionellen Anlegern eine Investition in ein Projekt für europäische Solarparks getätigt. Als mögliche weitere Themenschwerpunkte für zukünftige Anlagen in Beteiligungen sind grundsätzlich alle Arten von Erneuerbaren Energien vorgesehen, neben Solarparks z. B. Wind, Wasser, Holz. Zudem sind ausgewählte Anlagen in Infrastrukturprojekte angedacht.

Auch innerhalb des Wertpapierspezialfonds Peka wurden größere Umschichtungen vorgenommen.

So wurde im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere ein Mandat für Staatsanleihen aus dem Euro-Raum aufgelöst, da die Renditen für diese Anleihen auf historische Tiefstände gefallen waren, und stattdessen die vorhandenen Mandate für Euro-Unternehmensanleihen sowie globale Wandel- und Schwellenländeranleihen aufgestockt.

Zudem wurden im Jahresverlauf ein Mandat für globale Aktien und ein gemischtes Mandat für Euro-Aktien/-Staatsanleihen gekündigt. Stattdessen wurden zwei Aktienmandate neu aufgelegt, die den Managementansatz „Absolute-Return“ verfolgen. Beide Asset Manager versuchen dabei, durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente, verschiedenster Handelsstrategien und unter Zuhilfenahme technischer Marktsignale, unabhängig vom Kapitalmarktverlauf positive Renditen mindestens oberhalb der Geldmarktverzinsung zu erzielen.

Die Aktienquote innerhalb der Gesamtanlagen betrug Ende 2009 inklusive der vorgenommenen Absicherungen 3,0 %. (Basis: Zeitwerte)

Insbesondere auf Grund der sehr positiven Entwicklung der Unternehmensanleihen, deren Bestände zu Beginn des Jahres wie erwähnt ausgebaut worden waren, nahmen die Reserven in den Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse wieder deutlich zu.

Desweiteren weisen per 31.12.2009 alle Instrumente des internen Risikomanagements eine auskömmliche und gegenüber dem 31.12. des letzten Jahres nachhaltig verbesserte Risikotragfähigkeit der Pensionskasse aus.

Die Nettoverzinsung der Gesamtanlagen - errechnet nach den Rechnungslegungsvorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) - beläuft sich für 2009 auf 4,18 % nach 3,48 % im Vorjahr.

### **3. Überschussbeteiligung und Jahresergebnis**

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 19. Mai 2009 für die Renten- und Anwartschaftserhöhung T€ 161 entnommen worden.

Aufgrund einer außerordentlichen Verstärkung der Deckungsrückstellung um T€ 8.200 (vgl. Risikoverlauf) wurde nur eine geringe Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von T€ 43 vorgenommen, so dass diese Bilanzposition nach der o. a. Entnahme nun T€ 11.084 ausweist.

Der im Berichtsjahr erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.064 wurde in die Gewinnrücklage - Verlustrücklage gem. § 37 VAG - eingestellt, so dass ein ausgeglichener Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

Die Anwendung des im Rahmen der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 2007 beschlossenen eigenständigen Verfahrens zur Beteiligung an den stillen Reserven (§ 153 i. V. m. § 211 VVG) ergab zum 31.12.2009 keine zuteilbaren Bewertungsreserven.

### **4. Risikoverlauf**

Die geschäftsplanmäßigen Sterbens- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten wurden zuletzt im Jahre 2005 angepasst. Jährlich wird überprüft, ob die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ausreichende Sicherheiten enthalten.

Die für das Geschäftsjahr 2009 durchgeführten Risikountersuchungen zeigen, dass bei den laufenden Renten sowohl nach der Anzahl als auch nach der Jahresrente eine Untersterblichkeit festzustellen war, die bei weiblichen Altersrentnern stärker als bei männlichen Altersrentnern ausgeprägt ist. Da die bei den Rentenempfängern insgesamt vorhandene Sicherheitsreserve (gemessen am Durchschnitt der letzten sechs Jahre) weiter abgenommen hat, wird eine erneute Anpassung der Sterbenswahrscheinlichkeiten für Rentner erforderlich sein.

Um für die sich daraus ergebende Verstärkung der Deckungsrückstellung bereits jetzt finanzielle Vorsorge zu treffen, wird die geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung für Versicherungen nach AVB Tarif 1985 und AVB Tarif 2002 zum 31.12.2009 pauschal um einen Betrag von Mio. € 8,2 (Vorjahr Mio. € 3,5) erhöht. Die Genehmigung der BaFin erfolgte am 05.03.2010. Insgesamt ist, nach den vorläufigen Berechnungen des Aktuars, eine außerordentliche Zuführung von ca. Mio. € 21,2 erforderlich. Unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Zuführungen ergibt sich ein weiterer Auffüllungsbetrag von ca. Mio. € 9,5.

Für die Leistungsanwärter lagen die tatsächlichen Sterbefälle sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Mitgliedern im Durchschnitt der letzten sechs Jahre - bezogen auf die Anzahl wie auch auf die (versicherte) Jahresrente - auf unterrechnungsmäßigem Niveau, bei den weiblichen Mitgliedern sind dabei stärkere Schwankungen für die einzelnen Jahre festzustellen. Auch hinsichtlich der Invaliditätsfälle ist im Durchschnitt der letzten sechs Jahre ein unterrechnungsmäßiger Verlauf zu verzeichnen, der bei männlichen Mitgliedern stärker als bei weiblichen ausgeprägt ist. Die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen für die Anwartschaften zeigen somit weiter ausreichende Sicherheitsreserven.

## **5. Chancen / Risiken und zukünftige Entwicklung**

Im Kapitalanlagebereich könnten sich für die Philips Pensionskasse Risiken aus der Aktienanlage ergeben. Da diese Anlageart zum Jahreswechsel aber nur in einem sehr geringen Umfang bestand und da auch für 2010 auf Grund des unklaren fundamentalen Umfeldes nur eine moderate Aktienquote vorgesehen ist, stellt diese Anlageklasse ein niedriges und zudem beherrschbares Risikopotential dar.

Die in 2009 merklich ausgebauten Bestände in Unternehmensanleihen könnten erhöhte Risiken darstellen, falls das absolute Zinsniveau deutlich ansteigt und/oder sich die Zinsdifferenzen gegenüber Staatsanleihen in Folge eines wieder Aufflammens der Kreditkrise erneut ausweiten sollten. Besondere Gefahren, die im Falle des Eintretens die internationalen Finanzmärkte nachhaltig belasten würden, stellen mögliche Ausfälle (Bonitätsrisiko) von Staaten dar. Die derzeitigen massiven Sorgen vor einer Überschuldung einiger südeuropäischer Länder sowie die stark erhöhten Zinslasten dieser Schuldner für neue Anleihen verdeutlichen diese Problematik.

Durch eine breite Streuung innerhalb der Emittenten sowie eine zeitnahe Überwachung der schulderspezifischen Ratings aller Anleihen sowohl im Direktbestand als auch in den Fondsmandaten begegnet die Pensionskasse diesen Zinsrisiken. Dabei sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ausschließlich Qualitäten im „Investment-grade“-Bereich, also nur beste Bonitäten, für die Gesamtanlagen zulässig. Ein aktives Durations- und Absicherungsmanagement in den externen Rentenmandaten ergänzt die Maßnahmen zur Risikosteuerung.

Fremdwährungsrisiken in den Direktanlagen bestehen keine, in den extern vergebenen Mandaten werden diese durch laufende Absicherungen stark vermindert. Generell bestehen die Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse zum größten Teil aus Investments in Euro.

Zur Sicherstellung einer jederzeitigen Liquidität erfolgen eine enge zeitliche Planung und die Beachtung einer hohen Fungibilität aller Anlagen.

Das vorhandene Risikomanagement der Pensionskasse wurde auch in 2009 durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der verwendeten Instrumente und Reports weiter ausgebaut und verbessert.

Im Rahmen dieses Risikomanagements werden die Kapitalanlagen verschiedenen Stresstests unterzogen. Zum einen werden hierzu quartalsweise die Berechnungsmethoden und Szenarien verwendet, welche von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegebenen sind. Zusätzlich lässt die Pensionskasse monatlich selbst festgelegte Stresstestszenarien von einem externen Dienstleister berechnen.

Mit Hilfe dieser Simulationsrechnungen wird stetig überprüft, ob die Deckungsrückstellung auch bei extrem negativen Kapitalmarktveränderungen durch ein ausreichendes Kapitalvermögen bedeckt ist.

Während des gesamten Jahres 2009 hat die Pensionskasse sämtliche internen und externen Stresstests jederzeit und uneingeschränkt bestanden.

Auch in anderen Teilbereichen des Risikomanagements der Kapitalanlagen arbeitet die Pensionskasse mit externen Partnern zusammen. U. a. erhält die Kasse monatliche Informationen zu wesentlichen Risiko-Kennzahlen zugeliefert. Hierzu gehören Berechnungen über die maximal zu erwartenden Wertverluste der Anlagen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit (Value-at-Risk-Daten) sowie die Berücksichtigung von Korrelationseffekten zwischen den Anlagearten. Die tägliche externe Überwachung von Wertuntergrenzen in einzelnen Wertpapiermandaten ist ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit mit qualifizierten Dritten.

Die Ergebnisse der genannten Verfahren münden in einem internen Risikoberichtswesen, welches auf Basis von Ampelschaltungen zeitnah Hinweise auf eine ggfs. kritische Risikosituation in den Kapitalanlagen der Kasse gibt. Auf Grundlage dieser Risikoberichte werden bei Bedarf unmittelbare Entscheidungen getroffen und evtl. Anpassungen in der Asset Allokation vorgenommen.

Die Vergabe von Mandaten im Sinne eines „Absolute-Return-Ansatzes“, die Vorgabe von Wertuntergrenzen in den externen Mandaten sowie der Ausbau der Anleihen- und Immobilienquote im letzten Jahr dienen ebenfalls der Verstetigung der Anlageerträge und der Reduktion möglicher Risiken.

Für 2010 ist die Vergabe eines Mandates für eine „Risiko-Overlay-Steuerung“ des gesamten Wertpapierfonds Peka bzw. zur täglichen Einhaltung einer vorgegebenen Wertuntergrenze für das Sondervermögen vorgesehen.

Auch diese zusätzliche Maßnahme erweitert das bestehende Risikomanagementsystem und steigert den Substanzerhalt der Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse nachhaltig.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die Kapitalanlagetätigkeit der Pensionskasse insgesamt sowie im Besonderen die Organisation und die Prozesse des Bereichs Portfoliomanagement der Philips Pensions-Service eG einer Prüfung durch die interne Revision (als Outsourcing-Partner durch eine namhafte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) unterzogen. Diese Prüfung erbrachte keine wesentlichen Kritikpunkte.

Die Pensionskasse verfügt über einen ausgewogenen Versicherungsbestand und vorsichtig dotierte Rückstellungen. Die Risiken des Versicherungsverlaufes werden jährlich durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft.

Der auf Grund der aktuariellen Überprüfungen bzw. des gegebenen Risikoverlaufs (vgl. dortige Ausführungen) bestehende Bedarf für eine Verstärkung der Deckungsrückstellung führte nach 2008 (T€ 3.500) auch in 2009 zu einer weiteren außerordentlichen Zuführung in Höhe von T€ 8.200.

Aus der Tatsache, dass allen Tarifen der Pensionskasse ein garantierter Rechnungszins zu Grunde liegt, der jährlich neu an den Kapitalmärkten erwirtschaftet werden muss, entstehen der Pensionskasse Zinsrisiken (Garantierisiko). Sollte das aktuelle Niedrigzinsumfeld in für die Pensionskasse wesentlichen Anlagearten, wie z. B. deutschen Staatsanleihen, fortbestehen, könnte gegebenenfalls die Finanzierung dieser Mindestverzinsungen gefährdet sein.

Die Philips Pensionskasse begegnet diesem Risiko durch eine konsequente Streuung der Gesamtanlagen. Insbesondere werden solche Anlagearten ausgebaut oder neu in das Portfolio aufgenommen, die einen stetigen und risikokontrollierten höheren Ertrag versprechen.

Ein Beispiel für dieses Vorgehen war in 2009 die erstmalige Aufnahme von Beteiligungen für Investments in Solarparks, da hierbei gut kalkulierbare und staatlich garantierte Verzinsungen zu erzielen sind, die oberhalb der Garantieverzinsungen liegen.

Der Umstand, dass in der Philips Pensionskasse die jährlichen Rentenleistungen die Beitragseinnahmen übersteigen, stellt ein Liquiditätsrisiko dar.



Durch die Erhöhung der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren, den Zukauf von weiteren Immobilien(fonds), durch eine ausgeglichene Fälligkeitsstruktur der Rentenpapiere in der Direktanlage und durch eine vorausschauende Liquiditätsplanung wird diesem Problem Rechnung getragen.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Pensionskasse voll erfüllt. Eine Nutzung der Eigenmittel B ist dafür weiterhin nicht erforderlich.

## 6. Ausblick

Nach der unerwarteten Kursrallye praktisch aller Anlagearten in 2009 und vor dem Hintergrund eines nach wie vor noch anfälligen konjunkturellen Umfeldes wird in 2010 mit stark schwankenden Kapitalmärkten gerechnet. Ein Hauptaugenmerk muss dabei vor allem auf die Stabilität und Bonität ausgewählter Staaten und Unternehmen gelegt werden. Hier muss sich zeigen, ob die Anstrengungen zur Konsolidierung oder die Unterstützung durch Dritte ausreichen, um größere Schuldnerausfälle oder Unternehmenspleiten zu vermeiden. Für Aktien sollte vor diesem Hintergrund nur eine begrenzte Wertentwicklung möglich sein.

Die seit 2009 noch breitere Streuung der Kapitalanlagen der Philips Pensionskasse sowie das noch einmal verbesserte Risikomanagement sollten es möglich machen, auch im kommenden Geschäftsjahr eine angemessene Rendite erzielen zu können.

Für 2010 erwarten wir für die Pensionskasse eine generell stabile Entwicklung in einem herausfordernden Kapitalmarktumfeld. Diese Entwicklung sollte sich in 2011 fortsetzen.

## 7. Nachtragsbericht

Nach dem Ende des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse eingetreten, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Pensionskasse haben.

---

Den Mitgliedervertretern, allen Mitarbeitern der Philips Pensions-Service eG und denen, die sich für die Belange der Pensionskasse und deren Mitglieder eingesetzt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

# Bilanz

zum 31.12.2009

Aktiva			Euro	Vorjahr T-Euro
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			120.984,64	212
<b>B. Kapitalanlagen</b>				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	66.342.838,66			
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Beteiligungen	7.418.470,31			
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	463.109.122,10			
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	76.390.538,37			
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	64.958.200,00			
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	107.500.000,00			
4. Andere Kapitalanlagen	<u>1.000,00</u>		785.720.169,44	772.656
<b>C. Forderungen</b>				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	160.601,37			
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>89.253,75</u>		249.855,12	146
II. Sonstige Forderungen			932.857,40	2.210
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.505.669,04	1.661
II. Andere Vermögensgegenstände			2.690.291,05	2.627
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			6.674.390,97	4.117
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>31.649,55</u>	<u>0</u>
<b>SUMME DER AKTIVA</b>			<b><u>797.925.867,21</u></b>	<b><u>783.629</u></b>

Hamburg, 17. März 2010

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

- Der Treuhänder -

Dr. Til Bräutigam

# Bilanz

## zum 31.12.2009

<b>Passiva</b>		Euro	Vorjahr T-Euro
<b>A. Eigenkapital</b>			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gem. § 37 VAG	37.407.236,00	36.343	
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>			
I. Deckungsrückstellung	748.144.725,00	734.590	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	23.518,63	145	
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	11.083.670,05	11.202	
<b>C. Andere Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen	294.209,82	394	
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen	22.493,26	95	
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: € 72.652,95 (im Vorjahr. T -€ 19) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 60.949,75 (im Vorjahr T -€ 45)	709.419,41	598	
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
	240.595,04	262	
<b>SUMME DER PASSIVA</b>	<u>797.925.867,21</u>	<u>783.629</u>	

Hamburg, 17. März 2010

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 11.03.2009 genehmigten Geschäftsplan und der am 05.03.2010 genehmigten 2. Ergänzung berechnet worden ist.

- Der Verantwortliche Aktuar -

Dr. Horst-Günther Zimmermann

# Gewinn- und Verlustrechnung

01.01. - 31.12.2009

		Euro	Vorjahr T-Euro
<b>I.</b>	<b>Versicherungstechnische Rechnung</b>		
1.	Verdiente Beiträge	13.953.337,82	13.811
2.	Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	54.129,27	7.305
3.	Erträge aus Kapitalanlagen		
a)	Erträge aus Beteiligungen	230.079,41	0
b)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa)	Erträge aus Grundstücken, grundstücks- gleichen Rechten und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	9.042.625,63	
bb)	Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>26.875.664,38</u>	31.174
c)	Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	5.813.745,27	3.424
4.	Sonstige versicherungstechnische Erträge	664.160,92	673
5.	Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a)	Zahlungen für Versicherungsfälle	31.572.231,68	30.840
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	- 121.362,17	55
6.	Veränderung der übrigen versicherungs- technischen Rückstellungen Zuführung in die Deckungsrückstellung	13.555.035,00	16.557
7.	Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	42.678,32	0
8.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a)	Abschlussaufwendungen	195.375,27	
b)	Verwaltungsaufwendungen	<u>562.193,05</u>	859
9.	Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a)	Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	4.715.604,92	
b)	Abschreibungen auf Kapitalanlagen	4.474.782,38	
c)	Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>181.000,60</u>	7.821
10.	Versicherungstechnisches Ergebnis	1.456.203,65	255
<b>II.</b>	<b>Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>		
1.	Sonstige Erträge	33.177,56	653
2.	Sonstige Aufwendungen	150.608,10	197
3.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1.338.773,11	711
4.	Sonstige Steuern	274.900,52	269
5.	Jahresüberschuss	1.063.872,59	442
6.	Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gem. § 37 VAG	1.063.872,59	442
<b>7.</b>	<b>Bilanzgewinn</b>	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0</u></u>

# A n h a n g

## 1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierung der Immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Grundstücke und Bauten sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Abschreibungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB vorgenommen, wobei für die planmäßigen Abschreibungen die lineare Methode angewandt wird.

Bei der Bewertung der Wertpapiere, der Fondsanteile und der Aktien im Umlaufvermögen wird das strenge Niederstwertprinzip angewendet. Inhaberschuldverschreibungen, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gem. § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Vermögensbewertung innerhalb der Fonds erfolgt nach der Durchschnitts- oder Fortschreibungsmethode. Niedrigere Wertansätze aus der Vergangenheit wurden beibehalten. Die Pensionskasse hat, wie auch in den Vorjahren, keine Wertaufholungen gem. § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen. Die mögliche Wertaufholung beträgt T€ 12.173 (Vorjahr 5.596).

Inhaberschuldverschreibungen sind auf Basis des § 341 b Abs. 2 HGB mit einem Buchwert von insgesamt T€ 71.180 (Vorjahr 11.250) dem Anlagevermögen zugeordnet. Der korrespondierende Zeitwert beträgt T€ 75.119 (Vorjahr 7.295). Abschreibungen i.H.v. T€ 225 (Vorjahr 3.955) wurden aufgrund der nur vorübergehenden Wertminderungen nicht vorgenommen.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die unter „sonstige Ausleihungen“ ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen sind zum Nominal- bzw. (sofern dieser niedriger ist) zum Anschaffungswert bilanziert. Die Bilanzierung der Schuldscheindarlehen erfolgt zum Nennwert.

Die Bewertung der Position andere Kapitalanlagen erfolgt zum Nennwert.

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Dem Risiko des Forderungsausfalls wird mit Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Sachanlagen und Vorräte sind zu Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen, bewertet.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Rückzahlungsbetrag und die der Rechnungsabgrenzungsposten zum Nominalwert.

## 2. Erläuterungen zur Bilanz

Die Bewegungen und Bilanzwerte der Kapitalanlagen (Grundstücke und sonstige Kapitalanlagen) sind aus der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ zu ersehen.

## Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen zeigt folgendes Bild:

	<u>Zeitwert</u> Mio. €	<u>Buchwert</u> Mio. €	<u>Saldo</u> Mio. €
Grundstücke und Bauten	105,8	66,3	39,5
Beteiligungen	7,4	7,4	0,0
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	475,2	463,1	12,1
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	80,9	76,4	4,5
Namenschuldverschreibungen	68,5	65,0	3,5
Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>111,4</u>	<u>107,5</u>	<u>3,9</u>
Summe	<u>849,2</u>	<u>785,7</u>	<u>63,5</u>

Der Zeitwert der Grundstücke und Bauten ist auf Basis vorliegender Wertgutachten ermittelt und entspricht dem Marktwert gem. § 55 RechVersV.

Der Zeitwert der Beteiligungen entspricht dem Buchwert.

Die Kapitalanlagen umfassen drei Immobilienspezialfonds, einen Wertpapierspezialfonds, Anlagen in einem Wertpapierpublikumsfonds sowie die Direktanlagen in festverzinslichen Wertpapieren. Die Bewertung der sonstigen Ausleihungen erfolgt anhand der Euro-Swapkurve. Die Zeitwerte der übrigen Wertpapiere inkl. der liquiden Mittel entsprechen den Börsenkurswerten zum Bilanzstichtag gem. § 56 RechVersV. Der Buchwert der Kapitalanlagen, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet sind, beträgt T€ 71.180 (Vorjahr T€ 11.250).

Für die Position andere Kapitalanlagen entspricht der Zeitwert dem jeweiligen Buchwert.

Zuteilbare Bewertungsreserven für die Beteiligung der Versicherungsnehmer gem. § 153 VVG bestehen satzungsgemäß nicht.

## Forderungen

Forderungen sind mit Nominalwerten bilanziert. Der Posten „Sonstige Forderungen“ beinhaltet im Wesentlichen Forderungen aus Mieten, noch nicht abgerechneten umlagefähigen Betriebskosten und einer Forderung gegenüber der Philips Pensions-Service eG.

## Sonstige Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände enthalten bereits im Geschäftsjahr 2009 gezahlte Renten für Januar 2010.

## Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten weist fast ausschließlich noch nicht fällige Zinsen das Geschäftsjahr 2009 betreffend aus.

## Gewinnrücklage

In die Verlustrücklage gem. § 37 VAG wurden € 1.063.872,59 eingestellt. Damit wird der Satzung und den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Solvabilität in vollem Umfang entsprochen.

### Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2009 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach den aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplänen für die Tarife 1985, 2002 und 2002 Zusatzversorgung, 2008 und 2008 Zusatzversorgung prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet.

Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen für den Tarif 1985 die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,5 % p. a. verwendet. Für die Tarife 2002 und 2002 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 1998“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,25 % in Ansatz gebracht. Für die Tarife 2008 und 2008 Z wurden die modifizierten biometrischen Grundwerte nach den „Richttafeln 2005 G“ von K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % in Ansatz gebracht.

Die Deckungsrückstellung hat sich gegenüber dem Vorjahr um € 13.555.035,00 auf € 748.144.725,00 erhöht, darin enthalten ist eine pauschale Verstärkung in Höhe von € 8.200.000,00.

### Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gemäß § 26 RechVersV sind hier die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen ausgewiesen.

### Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2009	€	11.201.492,06
Entnahme für		
• Tarif 2002 Erhöhung der Ansprüche	€	./.
• Tarif 2002 Z Erhöhung der Ansprüche	€	./.
• Tarif 2002 Z Forderungsausgleich	€	./.
• Tarif 2008 Erhöhung der Ansprüche	€	./.
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	€	42.678,32
Stand am 31.12.2009	€	11.083.670,05

Eine Festlegung auf Zuteilung laufender Überschussanteile liegt zum Bilanzstichtag nicht vor.

### Sonstige Rückstellungen

Im Wesentlichen sind hier Rückstellungen für die Prüfungskosten des Jahresabschlusses 2009 und unterlassene Instandhaltungsaufwendungen bei dem Direktbestand der Immobilien gem. § 249 Abs. 1 HGB enthalten.

### Andere Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Rückzahlungsbetrag.

Sie setzen sich zusammen aus

- Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern in Höhe von T€ 22 und
- Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 709 (im Wesentlichen öffentliche Darlehen/Mietvorauszahlungen zu den Immobilien).

Die Verbindlichkeiten gemäß a) haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.  
Bei den Verbindlichkeiten gemäß b) haben T€ 342 eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr und T€ 350 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Für die Bilanzpositionen „Andere Verbindlichkeiten“ ist für ein öffentliches Darlehen zu dem Grundstück in Adendorf ein Grundpfandrecht über T€ 429 als Sicherheit gestellt worden.

#### **Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Der ausgewiesene Betrag beinhaltet Baukostenzuschüsse aus Fördermitteln für Wohnbauten.

### **3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die verdienten Beiträge in Höhe von € 13.953.337,82 (Vorjahr T€ 13.811) gliedern sich in laufende Beiträge € 13.205.390,98 (Vorjahr T€ 13.334) und Einmalbeiträge von € 747.946,84 (Vorjahr T€ 477).

Die ausgewiesenen verdienten Beiträge resultieren ausschließlich aus Verträgen mit Gewinnbeteiligung.

Bei den Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von € 5.813.745,27 handelt es sich im Wesentlichen um realisierte Gewinne aus dem Verkauf von Fondsanteilen und dem Verkauf zweier Immobilien aus dem Direktbestand.

Im Immobilienbereich wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von € 1.602.614,00 vorgenommen. Auf das Wertpapierportfolio wurden Abschreibungen in Höhe von € 2.872.168,38 vorgenommen.

Die Personalaufwendungen für den Zeitraum 01.01. bis 31.03.2009 in Höhe von € 303.838,59 (im gesamten Vorjahr T€ 1.116) gliedern sich in die Posten Löhne und Gehälter € 246.728,73 (i. Vj. T€ 852), soziale Abgaben € 28.932,20 (Vorjahr T€ 118), Aufwendungen für Altersversorgung € 16.377,45 (Vorjahr T€ 63) sowie übriger Personalaufwendungen € 11.800,21 (Vorjahr T€ 82). Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter der Pensionskasse sind gem. § 613 a BGB mit Wirkung zum 01.04.2009 auf die Philips Pensions-Service eG übergegangen.

### **4. Sonstige Angaben**

Die Verwaltungskosten für den Tarif 1985 werden mit Ausnahme der Kosten für Vermögensanlagen von den Mitglieds- und beteiligten Unternehmen getragen.

Das Gesamthonorar für die Abschlussprüfung beträgt € 37.000,00 (excl. Umsatzsteuer).

Aus einem Beteiligungsengagement bestehen offene Einzahlungsverpflichtungen von T€ 12.582.

Im Geschäftsjahr 2009 war der Aufsichtsrat ehrenamtlich tätig. Vorschüsse und Kredite wurden weder an den Aufsichtsrat noch an den Vorstand gewährt.



**5. Aufsichtsrat und Vorstand**

Aufsichtsrat

	Hans-Joachim Kamp *, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
	Günther Weber **, stellv. Vorsitzender	(Techniker)
	Dr. Heinrich Kaiser *	(Jurist)
	Roland Kieseewetter **	(Techniker)
bis 19.05.2009	Jens Otto **	(Techniker)
ab 20.05.2009	Stefan Meyer **	(Techniker)
bis 30.05.2009	Christoph Wolfsgruber *	(Dipl.-Kaufmann)
ab 01.06.2009	Wolfgang Allers *	(Dipl.-Volkswirt)

Vorstand:

	Norbert Schulte-Mattler, Vorsitzender	(Dipl.-Kaufmann)
bis 30.06.2009	Dr. Andreas Knüppel	(Dipl.-Kaufmann)
ab 01.07.2009	Gabriele Mazarin	(Dipl.-Mathematikerin)

- \* von den Unternehmen ernannt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 2)  
 \*\* durch die Vertreterversammlung gewählt (Satzung der Philips Pensionskasse § 12 Nr. 3)

Hamburg, 17. März 2010

Philips Pensionskasse (VVG)  
 Der Vorstand

Norbert Schulte-Mattler

Gabriele Mazarin

## Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat kam im Laufe des Geschäftsjahres in regelmäßigen Abständen zur Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Lage der Philips Pensionskasse mit dem Vorstand zusammen. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend unterrichtet. Auch außerhalb dieser Sitzungen stand der Vorstand Mitgliedern des Aufsichtsrates jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Die zum Abschlussprüfer bestellte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Dem uns vorgelegten Jahresabschluss und dem Lagebericht stimmen wir zu.

Hamburg, im März 2010

Philips Pensionskasse (VVG)  
Der Aufsichtsrat

Hans-Joachim Kamp  
- Vorsitzender -

Günther Weber  
- stellv. Vorsitzender -

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Philips Pensionskasse (VVaG), Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Philips Pensionskasse (VVaG). Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 17. März 2010

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Busch  
Wirtschaftsprüfer

Klindworth  
Wirtschaftsprüfer

## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2009

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten <sup>2</sup>	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten <sup>2</sup>		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	10.407	2.634	6.409	1.663	26.396.389	1.990	70	114	4.212.240	92.823	74.215
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern .....	102	66	342	63	1.420.860	121	8	18	260.056	10.322	12.038
2. sonstiger Zugang <sup>1</sup> .....					117.279				1.384		1
3. gesamter Zugang .....	102	66	342	63	1.538.139	121	8	18	261.440	10.322	12.039
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Tod .....	16	2	178	30	692.754	80	2		173.940	3.222	
2. Beginn der Altersrente .....	315	55									
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) .....	27	8									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf .....			1		8.143			31			20.200
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen .....	13										
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen .....											
7. sonstiger Abgang .....	2				158.261						
8. gesamter Abgang .....	373	65	179	30	859.158	80	2	31	173.940	3.222	20.200
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	10.136	2.635	6.572	1.696	27.075.370	2.031	76	101	4.299.740	99.923	66.054
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften .....	2.769	693									
2. in Rückdeckung gegeben .....											

<sup>1</sup> Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

<sup>2</sup> Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

## Entwicklung der Aktivposten im Geschäftsjahr 2009

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr €	Zugänge €	Abgänge €	Abschrei- bungen €	Bilanzwerte Geschäftsjahr €
A 1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	211.723,12	0,00	0,00	90.738,48	120.984,64
SUMME A	211.723,12	0,00	0,00	90.738,48	120.984,64
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	68.940.811,73	2.151.102,35	3.146.461,42	1.602.614,00	66.342.838,66
SUMME B I.	68.940.811,73	2.151.102,35	3.146.461,42	1.602.614,00	66.342.838,66
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Beteiligungen	0,00	7.474.317,00	55.846,69	0,00	7.418.470,31
SUMME B II.	0,00	7.474.317,00	55.846,69	0,00	7.418.470,31
B III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	529.401.965,76	56.821.314,37	122.050.054,65	1.064.103,38	463.109.122,10
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.703.005,87	61.442.047,50	4.946.450,00	1.808.065,00	76.390.538,37
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	44.610.200,00	30.000.000,00	9.652.000,00	0,00	64.958.200,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	97.500.000,00	10.000.000,00	0,00	0,00	107.500.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	500.000,00	0,00	500.000,00	0,00	0,00
5. Andere Kapitalanlagen	10.000.000,00	1.000,00	10.000.000,00	0,00	1.000,00
SUMME B III.	703.715.171,63	158.264.361,87	147.148.504,65	2.872.168,38	711.958.860,47
<b>I N S G E S A M T</b>	<b>772.867.706,48</b>	<b>167.889.781,22</b>	<b>150.350.812,76</b>	<b>4.565.520,86</b>	<b>785.841.154,08</b>